Abraham Sutro (1784—1869)

Ein Beitrag zum Leben und Wirken des letzten münsterschen Landrabbiners

Von Bernhard Brillling

Der 1815 zum Landrabbiner des Münsterlandes ernannte Abraham Sutro gehörte zu den bedeutendsten jüdischen Persönlichkeiten Westfalens im 19. Jahrhundert. Als Rabbiner, als Politiker und als (hebräischer) Schriftsteller trat er für die Erhaltung der jüdischen Tradition und für die Rechte seiner Glaubensgenossen ein¹.

I

Abraham Sutro war der Nachfolger des vom letzten regierenden Fürstbischof Max Franz (1784–1801) im Jahre 1790 bestätigten und eingesetzten Landrabbiners des Bistums Münster, David Michel Breslau². Dieser war

¹ Eine Biographie des Rabbiners Sutro ist bisher noch nicht erschienen. Er wird aber in allen größeren jüdischen Nachschlagewerken aufgeführt. In westfälischen Nachschlagebüchern erscheint er m. W. nur bei Ernst *Rassmann*, Nachrichten von dem Leben und den Schriften münsterländischer Schriftsteller des 18. und 19. Jahrhunderts, Münster 1866 S. 338. Ich verweise ferner auf B. *Brilling*, Beiträge zur Biographie des letzten Landrabbiners von Münster, A. Sutro I (Leben und Tätigkeit bis zum Jahre 1816), in: Udim, Zeitschr. d. Rabbinerkonferenz i. d. BRD, H. III, Frankfurt/M. 1972 S. 31–64 (in der vorliegenden Arbeit zitiert als: *Brilling*) sowie auf B. *Brilling*, Ein Kapitel aus dem Kampf der preuß. Juden um ihre Gleichberechtigung (Der Fall des Feldmessers und Bauführers Baruch Sutro in Münster 1853), in: Theokratia, Jahrbuch des Institutum Judaicum Delitzschianum II, Leiden 1973 S. 273–306. Angaben über ihn findet man weiter in dem 1973 in Münster erschienenen aufschlußreichen Buch von Arno *Herzig*, Judentum und Emanzipation in Westfalen (zitiert als *Herzig*); s. dort den Namensindex, sowie speziell S. 43, Anm. 16 und S. 46, Anm. 29. Einige seiner Angaben ließen sich hier richtigstellen.

² S. Felix *Lazarus*, Judenbefehlshaber, Obervorgänger und Landrabbiner im Münsterland, Monatsschrift f. Geschichte u. Wissenschaft d. Judentums 80 (1936) S. 106–117; speziell über D. Breslau dort S. 114–117, sowie bei H. *Schnee*, Die Hoffinanz und der moderne Staat III, Berlin 1955 S. 64/65, wo auch Näheres über die Hofjudenfamilie Breslau(er) zu finden ist. Weiteres über diese Familie s. bei B. *Brilling*, Eine hebräische Handschrift aus Warendorf, Zeitschrift Westfalen 40 (1962) S. 338 ff.; dort (S. 341) auch die Unterschrift des Landrabbiners D. Breslau von 1792.

um 1808 gestorben, nachdem im Jahre 1803 bei der ersten preußischen Besetzung des Münsterlandes die offiziell anerkannte Landjudenschaft des Bistums Münster aufgelöst und sein Amt zugleich aufgehoben worden war. Allerdings stieß die Aufhebung der Landjudenschaft, die bis dahin alle Juden des Bistums Münster unter der Leitung des Landrabbiners und der Vorsteher-schaft zusammengefaßt hatte, auf gewisse Schwierigkeiten, denn die Lösung der Frage der Schulden der Landjudenschaft – in Form von Verpflichtungen gegenüber ihren Gläubigern und gegenüber dem abgesetzten Landrabbiner David Breslau, den man auch weiter unterhalten mußte – gehörte zu den Aufgaben der neuen Landesherrn³, zumal da es sich meist um nichtjüdische Gläubiger handelte. Die königlich preußische Organisations-Kommission zu Münster sah sich daher wohl auf Veranlassung der Gläubiger der Landjudenschaft genötigt, bereits im Jahre 1803 über eine Regelung dieser Schulden mit den früheren Angehörigen der ehemaligen münsterschen Landjudenschaft, die jetzt in den verschiedenen Territorien lebten, betreffs der Abzahlung der gemeinschaftlichen Schulden zu verhandeln^{3a}. Auf Veranlassung der Behörden in den einzelnen Nachfolgestaaten wurden die ehemaligen Vorsteher dazu berufen, die früheren Mitglieder der in der münsterschen Landjudenschaft vereinigt gewesenen jüdischen Gemeinden zu veranlassen und die Beiträge von ihnen einzuziehen, so daß die geschuldeten Gelder ratenweise an die Gläubiger bzw. an den Landrabbiner ausgezahlt werden konnten. Zwar starb der Landrabbiner David Breslau um 1808, aber die Schulden der Landjudenschaft an ihre Gläubiger mußten auch weiterhin abgetragen werden. Das System der Einziehung der Schulden von den dazu veranlagten einzelnen Juden durch Vermittlung der früheren Vorsteher der jüdischen Gemeinden wurde auch nach der Eingliederung Westfalens bzw. des Münsterlandes in den preußischen Staat nach dem Sieg über Napoleon beibehalten. So war damals – obwohl es faktisch weder eine Landjudenschaft noch juristisch jüdische Gemeinden im Münsterland mehr gab – ein gewisser Verwaltungsapparat der ehemaligen Landjudenschaft vorhanden, wenn auch die jetzt amtierenden Vorsteher nicht als Vorsteher jüdischer Gemeinden galten, sondern offiziell nur die Aufgabe hatten, für die Bezahlung der Schulden der ehemaligen münsterschen Landjudenschaft zu sorgen.

Während der Epoche des Zivilgouvernements in Westfalen (1813–1815) unter dem Zivilgouverneur Ludwig von Vincke ging dieser auch daran, die Verhältnisse der Juden in seinem Sinne zu ordnen. Nach dem preußischen Generaljudenreglement vom 17. 4. 1750⁴, das nach der Ansicht Vinckes für die Teile Preußens galt, in denen seinerzeit das preußische Judengesetz vom 11. 3. 1812⁵ nicht eingeführt war, war die Existenz eines Rabbiners zur

³ S. darüber W. Kohl und H. Richter, Die Behörden der Übergangszeit 1802 bis 1816, Münster 1964; dort auch weitere Literatur.

^{3a} Staatsarchiv Münster (= StA) Fürstl. Salmsche Kanzlei XVIII Nr. 3.

⁴ Der Text des Generaljudenreglements vom 17. 4. 1750 ist gedruckt bei Ismar Freund, Die Emanzipation der Juden in Preußen II, Berlin 1912 S. 22–55.

⁵ Das Edikt vom 11. 3. 1812, gedruckt bei Freund a. a. O. S. 455–459, galt nur für die Provinzen, die im Jahre 1812 zu Preußen gehört hatten.

Regelung bestimmter mit dem Religionsgesetz verbundener Funktionen (bezüglich der Ehen, Erbschaften, Vormundschaften usw.) notwendig, an den sich auch die Regierung in diesen Angelegenheiten wenden konnte⁶.

Im Paderbornschen war es leicht, einen Rabbiner zu diesem Zweck zu finden, da sich dort noch der ehemalige vom Kasseler Konsistorium ernannte Oberrabbiner Mendel Steinhardt⁷ (aus Fürth) befand. So genehmigte v. Vincke am 28. 12. 1814⁸ den Vorschlag der dortigen Regierungs-Kommission »zu provisorischer Ernennung des ehemaligen Konsistorialrats Steinhardt zum Oberrabbiner für die Provinz Paderborn«. Damit war die Frage für den Bezirk Paderborn gelöst. Für das Münsterland hingegen mußte ein neuer Rabbiner gewählt werden, da der letzte um 1808 gestorben war. Da Vincke selbst den Oberrabbiner für das Münsterland nicht ernennen wollte, bediente er sich des Restbestandes der ehemaligen münsterschen Landjudenschaft, soweit er in den Personen der für die Schuldeneinziehung verantwortlichen jüdischen Vorsteher existierte. So erkannte Vincke die in den Gemeinden des Münsterlandes, sowie der Grafschaften Mark, Limburg und Rheda als Schuldeneinzieher amtierenden Juden als Vorsteher der dortigen Judenschaften an und übertrug ihnen die Wahl eines neuen Landrabbiners für das Münsterland. Er gestattete ihnen daher im Jahre 1814, nach dem Vorbild der alten münsterschen Landjudenschaft, einen »Judenlandtag« in Warendorf einzuberufen. Im September 1814 versammelten sich nun die früheren »Landesdeputierten« (d. h. die zur Einbringung der Schulden eingesetzten ehemaligen Vorsteher) aus den Gebieten des Fürstbistums Münster sowie der Grafschaften Mark, Limburg und Rheda in Warendorf, um dort gemeinsame Angelegenheiten, die wohl hauptsächlich im Zusammenhang mit der Schuldenregelung standen, zu regeln. Hierbei wurde nun mit Genehmigung und wohl auch auf Veranlassung Vinckes die Wahl eines münsterschen Landrabbiners vorgenommen. Die Wahl fiel auf Abraham Sutro, der zuletzt als Rabbinatsadjunkt in Beverungen gewirkt hatte⁹ und wohl von Vincke empfohlen worden war.

II

Abraham Sutro¹⁰ stammte weder aus einer Hofjudenfamilie (wie sein Vorgänger David Breslau) noch – soweit bekannt – aus einer Rabbinerfamilie. Seine Eltern, Samuel Abraham und Esther Baruch, die in dem kleinen

⁶ *Freund* I S. 29; II S. 53; Leopold *Auerbach*, *Das Judentum und seine Bekenner in Preußen . . .*, Berlin 1890 S. 292 ff.

⁷ Über Mendel (Menachem Simon) Steinhardt s. Felix *Lazarus*, *Das Königl. westfälische Konsistorium der Israeliten*, Preßburg 1914 S. 27 ff.

⁸ StA Reg. Komm. Paderborn Nr. 102.

⁹ S. dazu die bei *Brilling* S. 55 ff. abgedruckten Urkunden.

¹⁰ Für die folgenden Angaben sind die Belege in dem Artikel von *Brilling* S. 32 ff. zu finden.

Dörfchen Bruck (im Amt Baiersdorf, Fürstentum Bayreuth) wohnten, gehörten zur bayerischen Landjudenschaft. Da der Vater jung starb, verließen die Kinder früh das elterliche Haus. Der 1784 geborene Sohn Abraham entschloß sich, Rabbiner zu werden und damit einen in den jüdischen Gemeinden anerkannten und angesehenen Beruf zu ergreifen. Nach dem Besuch der Talmudhochschulen in Fürth und Prag bekleidete er Stellen als Hauslehrer in Prag und Aschaffenburg und studierte zugleich bei den dortigen Rabbinern.

Das 1807 geschaffene Königreich Westfalen zog wegen der den Juden gewährten Gleichberechtigung und wegen der Errichtung des königlich westfälischen Konsistoriums der Israeliten in Kassel den jungen Abraham Sutro an, da in diesem neuen Staat erstmalig die Rabbiner als Beamte von der Regierung anerkannt, von der Regierung eingesetzt und vom Konsistorium bezahlt wurden. Wohl durch seine Beziehungen zu seinem Landsmann, dem bereits erwähnten, aus Fürth stammenden Konsistorialrat und Paderborner (bzw. Warburger) Rabbiner Mendel Steinhardt, erhielt Sutro bereits 1810 eine Stelle als Lehrer in Reichensachsen. Durch Dekret des westfälischen Ministers des Innern vom 13. 12. 1810 wurde er zum israelitischen Religionslehrer in Beverungen und zugleich zum Rabbinatsadjunkten des (von Steinhardt verwalteten) Sprengels Warburg ernannt. Sutro amtierte in Beverungen noch während des Sieges der Verbündeten über Napoleon und während des Einzugs der Alliierten in Paris am 31. 5. 1814. Sutro begriff sofort, daß diese welthistorischen Vorgänge auch eine Veränderung seiner eigenen Stellung nach sich ziehen würden, da mit dem Sieg über Napoleon das Ende des Königreichs Westfalen und des damit verbundenen Konsistoriums der Israeliten gekommen sei. So stellte sich Sutro sofort auf den Boden der neuen Tatsachen. Als im ganzen Gouvernement ein allgemeines Dankfest am zweiten Ostertag veranstaltet wurde, beschloß Sutro, ohne dazu aufgefordert zu sein, diese Feier auch in seiner Gemeinde durchzuführen. Am 11. 4. 1814 (am 7. Tag des Pessachfestes, also an einem jüdischen Feiertag, der dem Osterfest entsprach) hielt Sutro in der Synagoge zu Beverungen eine Predigt über den Sieg der Verbündeten und ihren Einzug in Paris und ließ diese Predigt als Beweis für seinen Patriotismus in Höxter drucken¹¹. Wie anzunehmen ist, hoffte er mit Hilfe dieser Predigt, die er verschiedenen Persönlichkeiten der neuen Regierung, darunter auch von Vincke, zugesandt haben dürfte, Anschluß und Zugang zu den neuen preußischen Behörden zu finden. Er scheint damit Erfolg gehabt zu haben, wenn wir auch nichts Näheres über seine persönlichen Beziehungen zu Vincke wissen. Jedenfalls scheint dieser ihm gewisse Zusagen bezüglich seiner Anstellung als Rabbiner in Warendorf

¹¹ Diese Predigt wird bei Ernst *Rassmann* S. 338 erwähnt sowie bei Julius *Fürst*, *Bibliotheca Judaica* III, Leipzig 1863 (Neudruck: Hildesheim 1960) S. 399. Über die Einsetzung des allgemeinen Dankfestes im ganzen Gouvernement s. H. *Kochendörffer*, *Westfälisches Adelsblatt* VII (1930) S. 78.

gemacht zu haben¹², die Sutro veranlaßten, sich um den Posten des Landrabbiners im Münsterland zu bewerben. Sutro dürfte daraufhin auch den jüdischen Vorstehern als der geeignete, weil der Regierung passende Anwärter erschienen sein. Er zog also sofort mit seiner Familie nach Warendorf, wie sein erfolgloser Mitbewerber, der Bielefelder Rabbiner M. Friedheim, bereits am 26. 3. 1815 der münsterschen Regierungs-Kommission mitteilte¹³.

Mit Genehmigung Vinckes wurde nun am 16. 5. 1815 der Anstellungsvertrag¹⁴ zwischen dem Landrabbiner Abraham Sutro und zwischen den Vorstehern der jüdischen Gemeinden des Münsterlandes – vertreten durch den Obervorsteher Hirsch Jacob aus Warendorf – und der Gemeinden aus den Grafschaften Mark und Limburg – vertreten durch den Vorsteher Marcus Elias aus Soest – unterschrieben. Aufgrund dieses Anstellungsvertrages bat Vincke die Regierungs-Kommission in Münster, das Erforderliche zu veranlassen. Ferner beauftragte er den Oberrabbiner M. Steinhardt in Paderborn, Sutro das nach seiner Ansicht nötige Rabbinats-Diplom zu erteilen, da dieser bisher nur als Rabbinatsadjunkt tätig gewesen sei. Steinhardt stellte sofort das gewünschte Diplom aus, so daß nun die öffentlichen Bekanntmachungen über die Anstellung des Landrabbiners Sutro im Landesdirektionsbezirk Dortmund (im Westfälischen Amtsblatt, Dortmund, vom 16. 8. 1815) sowie im Münsterland (im Münsterischen Intelligenzblatt vom 22. 8. 1815) erfolgen konnten¹⁵.

III

Im Zusammenhang mit der Auffassung Vinckes über die Gültigkeit des preußischen Generaljudenreglements vom Jahre 1750 bzw. über die Nichtanwendung des Edikts vom Jahre 1812 in den ihm unterstehenden Gebieten

¹² Sutro sagt in einem Brief an die Regierung zu Münster vom 27. 3. 1844: »Als im Jahre 1814 das Königreich Westfalen und mit demselben das Königlich israelitische Konsistorium zu Kassel . . . aufgelöst worden war, wurde ich von dem biedern edlen Menschenfreunde, Herrn Zivilgouverneur von Vincke als Rabbiner der Israeliten des Fürstentums Münster und der Grafschaft Mark . . . angestellt«; StA Reg. Mü Nr. 17168. Wer Sutro bei Vincke empfahl, ist aus den Akten nicht festzustellen; vielleicht war es der Oberrabbiner Steinhardt, vielleicht auch der Arzt Dr. Alexander Haindorf. In den Tagebüchern des Freiherrn von Vincke (Nachlaß Vincke im StA) ist unter dem Datum des 8. 4. 1815 (Bd. 17) der Name des Dr. Haindorf verzeichnet, ohne daß ein Zusatz über den Inhalt des Gesprächs gemacht wurde. Den Hinweis auf diese Notiz verdanke ich einer freundlichen Mitteilung des Dr. Graf Westphalen in Münster, der die Tagebücher des Freiherrn von Vincke bearbeitet. Über Alexander Haindorf s. Arno Herzog, A. Haindorfs Bedeutung für die Pädagogik in Westfalen, Westfäl. Forschungen 23 (1971) S. 57–74, sowie Encyclopädia Judaica VII, Berlin 1931 Sp. 833/34.

¹³ StA Reg. Mü Nr. 17168.

¹⁴ Der Vertrag ist am 16. 5. 1815 in Warendorf unterzeichnet worden. Er ist nach einer im Stadtarchiv Dortmund liegenden Abschrift vom 16. 5. 1817 im Anhang abgedruckt.

¹⁵ S. die Texte dieser Veröffentlichungen bei Brillung S. 58, Nr. 5 b, bzw. S. 59 unter Nr. 7.

der Provinz¹⁶ Westfalen stehen auch die Hinweise der Behörden auf die Aufgaben des Landrabbiners Sutro. Vincke selbst hatte bei der Ernennung Sutros zum Landrabbiner mitgeteilt, daß dieser »nicht im Interesse nur der einzelnen jüdischen Gemeinden und ihres inneren Kultuswesens, sondern vornehmlich auch der Dienstleistung bei den mit den Staatsbehörden vorkommenden Verhandlungen über Angelegenheiten des jüdischen Religions- und Kultuswesens provisorisch zum Landrabbiner mit Aussetzung des fraglichen, von den jüdischen Glaubensgenossen seines Bezirkes aufzubringenden Gehaltes bestellt worden« ist¹⁷.

Sutro waren also zwei Aufgaben zugeordnet. Der Regierung sollte er als Sachverständiger für die Fragen dienen, die sich im Zusammenhang mit der Neuordnung des Judenwesens in Preußen bzw. in Westfalen ergeben würden. Bei den jüdischen Gemeinden sollte er als Berater und Richter in Kultus- und Schulfragen fungieren; dies waren nämlich die einzigen Aufgaben, mit denen sich die jüdischen Gemeinden jetzt abgeben durften.

Bezüglich des Rahmens seiner Tätigkeit in den jüdischen Gemeinden war Sutro auf das preußische Judengesetz vom Jahre 1750 hingewiesen worden, wie er selbst in einem Brief vom 17. Juli 1817 schrieb: »In meinem Anstellungsschreiben wird mir gesagt, daß ich mich in den Verrichtungen meiner Funktion nach dem Generaljudenreglement d. d. Berlin vom 17. April 1750 zu richten habe«¹⁸. Am 25. 7. 1815 hatte der Landesdirektor von Romberg den Rabbiner Sutro davon unterrichtet, daß das in der Bekanntmachung der Regierung erwähnte Generalprivilegium »die Bestimmungen Ihrer Funktion näher enthält«¹⁹. Am selben Tag erhielten die Landräte und Bürgermeister die Anweisung, die jüdischen Einwohner ihrer Bezirke von der Anstellung Sutros zu informieren und anzuweisen, sich »in ihren religiösen, in den Unterricht ihrer Jugend betreffenden und überhaupt in allen den Angelegenheiten, bei denen es der Einwirkung eines Rabbi nach den in dieser Hinsicht noch bestehenden Vorschriften des Generaljudenprivilegii d. d. Berlin vom 17. 4. 1750 bedarf, an den gedachten Sutro zu wenden«²⁰. Wie der Landesdirektor der Regierungskommission in Münster am 12. 8. 1815 mitteilte, habe er den beiden Vorstehern, nämlich Hirsch Jacob zu Warendorf für den münsterschen Teil der Landesdirektion und Marcus Elias zu Soest für die Grafschaft Mark und Limburg, den Auftrag gegeben, »der Judenschaft die Anstellung des Sutro als Landrabbiner bekannt zu machen und selbige anzuweisen, daß sie den ihm nach dem Generaljudenprivilegio vom 17. 4.

¹⁶ Über die Frage der Anwendung des Edikts vom Jahre 1812 auf Westfalen s. *Herzig* S. 18 ff. sowie Ludwig v. *Rönne* und Heinrich *Simon*, Die früheren und gegenwärtigen Verhältnisse der Juden in den sämtlichen Landesteilen des preuß. Staates, Breslau 1843 S. IX sowie S. 373 ff. und 386 ff.

¹⁷ Diese Anordnung Vinckes wird erwähnt in einem Schreiben des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten in Berlin an den Obervorsteher Hellwitz in Soest, vom 26. 2. 1835; StA Reg. Mü Nr. 17168. Das Datum der Anordnung Vinckes ist leider dort nicht angegeben.

¹⁸ Brief von Sutro an den Landrat zu Borghorst; StaMü, O.Pr. Nr. 122 b.

¹⁹ StA Reg. Mü Nr. 17168.

²⁰ Westfälisches Amtsblatt Nr. 61 vom 16. 8. 1815.

1750 und infolge ergehen werdender neuerer Gesetzgebung gebührenden Anordnungen vollständige Folge zu leisten haben«²¹.

Nach dem preußischen Juden-Gesetz vom Jahre 1750 besaß der Rabbiner (und seine Gerichtsbeisitzer) außer der Zuständigkeit in Religions- und Schulangelegenheiten eine Art richterlicher Gewalt in Fragen des Erbrechts, des Ehrechts und des Vormundschaftsrechts, die nach den Grundsätzen des jüdischen Rechts beurteilt wurden, sowie in Rechtsstreitigkeiten, bei denen beide Parteien Juden waren²².

Diese Art richterlicher Zuständigkeit seitens des Landrabbiners hatte es in den Gebieten, die zum Kaiserreich Frankreich bzw. zum Großherzogtum Berg gehört hatten, nicht mehr gegeben, da alle Bürger ohne Unterschied der Konfession ihre Angelegenheiten auf dem Gebiete des Personenstandes vor die allgemeinen Gerichte bringen mußten. Dieses Gesetz vom Jahre 1750 hätte die westfälischen Juden wieder in vergangene Zeiten zurückgeführt. Aber die Regierung von Berlin dachte gar nicht daran, so reaktionär sie auch war, die auf diesem Gebiet erreichten Fortschritte bezüglich der Gerichtsbarkeit für alle Bürger wieder aufzugeben. So kam es, daß Sutro bei dem Versuch, seine Tätigkeit gemäß den Gesetzen vom Jahre 1750 auszuüben, auf den Widerstand der Berliner Regierung stieß, die die Auffassung von der Gültigkeit des preußischen Judenprivilegs vom Jahre 1750 für Westfalen nicht teilte²³.

In einem Schreiben des Ministeriums des Innern vom 5. 9. 1816²⁴ an das Konsistorium in Münster bezüglich einer Beschwerde des Landrabbiners Sutro über die infolge mangelnder Autorität eingerissene Unordnung in den Synagogen und im Schulwesen wird das Judenprivileg vom Jahre 1750 überhaupt nicht erwähnt, und der Landrabbiner nur insofern, daß er dafür verantwortlich gemacht wird, daß in den jüdischen Gemeindeschulen »nichts der herrschenden Religion, dem Staate, der Sittlichkeit und einzelnen Personen Nachteiliges« gelehrt würde. Aber selbst um diese, dem Landrabbiner gestellte Aufgabe, den Unterricht in den jüdischen Gemeindeschulen zu kontrollieren, zu erfüllen, fehlte es ihm an jeder Unterstützung durch die Regierung. Auch zog die Regierung bei der Prüfung der Juden, die Privatschulen für jüdische Schüler errichten wollten, nicht den Landrabbiner hinzu, sondern übertrug die Prüfung Nichtjuden. So wenig scheint die Regierung von den Aufgaben des von ihr bestätigten Landrabbiners Sutro gehalten zu haben.

Da nun im Münsterland weder die alte Verfassung der bischöflichen Landjudenschaft noch die in der französischen Zeit eingeführte Konsistorialverwaltung existierte, fehlte in der preußischen Zeit jeder organisatorische Zusammenhang zwischen dem Landrabbiner und zwischen den jüdischen

²¹ StA Reg. Mü Nr. 17168.

²² S. o. Anm. 6.

²³ Nach *Herzig* S. 18 hatte Vincke sich 1816 dagegen ausgesprochen, das Edikt vom Jahre 1812 auch in den neuen Provinzen als Gesetz einzuführen. Er sei danach erst 1832 zu der Erkenntnis gelangt, daß eine einheitliche Gesetzgebung für die Juden in ganz Preußen nötig sei.

²⁴ StA. Ob.Pr. Nr. 122 b; abgedruckt bei *Brilling* S. 62/63, unter Nr. 11.

Gemeinden seines Rabbinatsbezirks. Der von den preußischen Behörden bestätigte Landrabbiner galt nicht als »geistliche Amtsperson«²⁵, und die jüdischen Gemeinden, die ihm unterstellt sein sollten, waren nur noch erlaubte Privatgesellschaften²⁶, deren Mitglieder eine geduldete Religion ausübten, d. h. Vereine, die miteinander keineswegs verbunden waren und dem Rabbiner nicht unterstanden, wenn auch die einzelnen Mitglieder in bezug auf zwei wichtige Angelegenheiten (Heiraten und Versorgung mit rituell geschlachtetem Fleisch, s. u.) weiterhin auf den Landrabbiner angewiesen waren. Es gab zwar im Gebiet des Landrabbinats von der Regierung anerkannte »Vorsteher«, denen man auch über die Nominierung Sutros Mitteilung gemacht hatte, aber diese Vorsteher waren, wie Sutro in seinem Brief vom 24. 8. 1817 an die Regierung zu Münster betonte²⁷, »bloß darin Vorsteher für die Besorgung der Korporationsschulden, aber keineswegs Ortsvorsteher«, d. h. keine Vorsteher der jüdischen Gemeinden. Sie waren nämlich für die Aufbringung der Schulden der ehemaligen Landjudenschaft sowie für die Zahlung des Gehalts des Landrabbiners verantwortlich, aber sie besaßen keine Gewalt in ihren Gemeinden. Die Ausgaben für die Synagogen und den Kultus konnten nur durch freiwillige Beitragszahlung der einzelnen Juden erhoben und jüdische Religionslehrer nur angestellt werden, wenn alle Mitglieder der jüdischen Gemeinden, die nur private Gesellschaften waren, dem zustimmten²⁸. In Erkenntnis dieser Lage, die zu einer vollständigen Auflösung des jüdischen Gemeindewesens führen mußte, versuchte Sutro unter Berufung auf die Rechte, die ihm gemäß dem in seinem Anstellungsschreiben erwähnten Generaljudenprivileg vom Jahre 1750 zustanden, eine gewisse

²⁵ Die Stellung der Rabbiner wird in einem Rescript des Ministeriums des Innern vom 24. 4. 1821 folgendermaßen beschrieben: »Die Rabbiner insbesondere sind nichts weiter als Gesetz- und Schriftkundige, von denen sich die Juden Belehrung über die Auslegung der Ceremonial-Gesetze erteilen, auch Trauungen und andere religiöse Handlungen vornehmen lassen können (Unterstreichung vom Verfasser), ohne irgend verbunden zu sein, sich derselben zu dem einen oder anderen Behuf zu bedienen«; s. v. *Rönne* und *Simon* S. 147. Die Behörden waren nämlich der Auffassung, daß ebenso wie die jüdische Religion in einem »christlichen Staat«, wie es Preußen nach ihrer Ansicht war, keinen Anspruch auf Gleichberechtigung, auch die Rabbiner keinen Anspruch auf Recht und Titel eines Geistlichen hätten bzw., wie es im Rescript heißt, »nicht zur Kategorie solcher kirchlichen Beamten gezählt werden, deren Qualifikation von den geistlichen Oberbehörden des Staates zu beurteilen ist« (a. a. O.). Bei dieser Degradierung der Stellung der Rabbiner konnten sich die Behörden auf ein Gutachten berufen, das der Obervorsteher der Berliner jüdischen Gemeinde, der Bankier Gumpertz, einem Beamten der Regierung im Jahre 1820 gegeben hatte, worin er erklärt hatte, daß Rabbiner für eine jüdische Gemeinde nicht notwendig seien; s. dazu *Auerbach* S. 294 ff. und S. 428 ff. sowie v. *Rönne* und *Simon* S. 146 ff. Dieses Gutachten entsprach der Auffassung radikaler jüdischer Reformer, die das jüdische Gesetz ablehnten und die Rabbiner als die Vertreter des jüdischen Religionsgesetzes für überflüssig, wenn nicht sogar für schädlich hielten.

²⁶ Über die Stellung der jüdischen Gemeinden als private Gesellschaften s. *Auerbach* S. 289 sowie v. *Rönne* und *Simon* S. 83 ff. Gemäß einem Edikt vom 9. 7. 1788 (dort S. 83) war die jüdische Religionsgesellschaft in Preußen geduldet.

²⁷ StA Ob.Präs. Nr. 122 b.

²⁸ S. dazu *Auerbach* S. 290 sowie v. *Rönne* und *Simon* S. 128 ff.

Ordnung in den Gemeinden seines Rabbinatsbezirkes einzuführen. Er entwarf 1817 Reglements für Synagogenordnungen und für Gemeindevorsteher und machte auch Vorschläge zur Ernennung von Gemeindevorstehern. Da er aber wußte, daß er ohne behördliche Hilfe seine Vorschläge nicht verwirklichen konnte, wandte er sich an die Behörden und speziell an die Landräte unter Berufung auf das Gesetz vom Jahre 1750 und verlangte von ihnen, ihm bei der Durchführung seiner Vorschläge zu helfen. Als nun einige Landräte sich deswegen an die Regierung wandten, fragte das Konsistorium in Münster am 31. 7. 1817 beim Minister des Innern an, wie es sich dabei verhalten solle. Das Konsistorium wies auch darauf hin, daß Sutro auf Grund des Privilegs vom 17. April 1750 berechtigt zu sein glaubte, »zur Aufrechterhaltung der kirchlichen Zucht« Geldstrafen auferlegen zu können. Das Innenministerium aber, das das Privileg vom Jahre 1750 bzw. seine Anwendung auf Westfalen nicht anerkannte und außerdem an der Aufrechterhaltung der kirchlichen Zucht in den »privaten Gesellschaften« der Juden (wie die nicht anerkannten jüdischen Gemeinden bezeichnet wurden) nicht interessiert zu sein schien, wies in seinem Schreiben vom 2. 9. 1817, ohne auf die Vorschläge Sutros einzugehen, daraufhin, daß der jüdische Gottesdienst schon durch die Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts gesichert sei, »alles übrige in dieser Hinsicht aber dem Gewissen des einzelnen Juden überlassen bleiben muß, und zwar um so mehr, als in dasiger Provinz . . . was die Administration betrifft, noch die Verfassung der vorigen Regierung besteht und seit der Reoccupation derselben das Judenwesen nicht anderweitig organisiert worden ist«²⁹. Diese Mitteilung bewies, daß nach Ansicht der Berliner Regierungsstellen das Gesetz vom Jahre 1750, das auch vorher dort nicht gegolten hatte, für das Münsterland auch weiterhin nicht galt. Auch in der Provinz Westfalen bestanden keine jüdischen Organisationen mehr (mit Ausnahme der Judenschaft des ehemaligen Herzogtums Westfalen³⁰).

Wie sich die Ansichten selbst in Westfalen über die Tätigkeit und den Einfluß des Rabbiners Sutro seit seiner Amtseinsetzung im Jahre 1815 geändert hatten, ergibt sich aus einem Bericht über den Zustand des Judentums im Regierungsbezirk Münster, der am 31. 7. 1820 von der Regierung zu Münster an den Oberpräsidenten von Vincke eingereicht worden war. Darin heißt es³¹: »Gegenwärtig existiert gar kein Schul- und selbst kein Kirchenverband mehr. Es nimmt seine Kinder aus der Schule weg und hört dann

²⁹ StA Ob.Präs. Nr. 122 b.

³⁰ Im Münsterland selbst galten für die dortigen Juden je nach der vorherigen staatlichen Zugehörigkeit verschiedene Gesetze. Die im Bezirk Münster gelegenen Kreise Ahaus, Borken, Steinfurt und Tecklenburg sowie ein Teil der Kreise Coesfeld, Lüdinghausen, Münster und Warendorf hatten zuletzt zum französischen Kaiserreich gehört. Die Kreise Beckum und Recklinghausen dagegen hatten ganz, die Kreise Coesfeld, Lüdinghausen, Münster und Warendorf teilweise zum Großherzogtum Berg gehört; s. v. Rönne und Simon S. 364/65 und S. 376; s. dazu auch *Herzig* S. 18.

³¹ StA Ob.Pr. Nr. 2627, Bd. I; s. dazu auch *Herzig* S. 24 ff.

auf zu bezahlen, wer will. Die Dazwischenkunft des Landrabbiners ist fruchtlos. Die Juden achten seine Verfügung nicht, wenn seine Aussprüche nicht obrigkeitlich gehandhabt werden, wozu aber nur dann Behuf (?) ist, wenn es polizeilich notwendig wird, um so mehr, da die Gewalt des Landrabbi durch keine Gesetze oder Reglements³² bestimmt ist.«

IV

Wie aus diesem Bericht hervorgeht, war der Landrabbiner des Münsterlandes, obwohl auf Vorschlag der Regierung eingesetzt und bestätigt, eine auf sich selbst gestellte Persönlichkeit, die von der Regierung nicht unterstützt wurde und die keine Befugnisse hatte außer den wenigen, die im Anstellungsvertrag verzeichnet waren. Es bestand also ein grundlegender Unterschied zwischen den Aufgaben und der Stellung der von den Fürstbischöfen bestätigten Landrabbiner, die vor der Emanzipation amtiert hatten, und zwischen den Funktionen und der Stellung des Abraham Sutro, der von den preußischen Behörden bestätigt worden war. Die Gerichtsbarkeit über die Juden (in bestimmten Grenzen), mit der (wie überall in Deutschland vor der Emanzipation) das Amt eines Landrabbiners verbunden gewesen war, gehörte nun nicht mehr zu den Aufgaben des Landrabbiners Abraham Sutro.

Noch dem letzten Landrabbiner, David Breslau, waren bei seiner Ernennung und Bestätigung durch den Fürstbischof im Jahre 1790 gewisse, wenn auch beschränkte gerichtliche Befugnisse zugestanden worden³³. Seine Gerichtsbarkeit hatte die geringeren Exzesse der Juden, Ehestreitigkeiten und Nachlaßfestsetzungen umfaßt. Gemeinsam mit den Vorstehern der Landjudenschaft durfte er bei Erbschaftsstreitigkeiten mitwirken und den Bann verhängen. Allerdings waren diese juristischen Zuständigkeiten den Landrabbinern schon während der Zeit des Kaiserreichs Frankreich bzw. des Königreichs Westfalen und des Großherzogtums Berg entzogen worden, so daß diese Angelegenheiten jetzt vor die allgemeinen Gerichte zur Entscheidung gebracht werden mußten.

In dem Text des am 16. 5. 1815 unterschriebenen Vertrages³⁴ mit dem Landrabbiner werden die Amtshandlungen aufgezählt, die jetzt noch Sutro zustanden und ausschließlich von ihm in seinem Rabinatsbezirk vorgenommen werden konnten und durften.

Der Rabinatsbezirk umfaßte bei Beginn seiner Amtstätigkeit nach einer Aufstellung vom 21. 1. 1817³⁵ folgende Orte und Bezirke: die Herrschaft Rheda, den früher bergischen Teil des Münsterlandes³⁶, die Orte Münster, Nottuln, Seppenrade und Telgte, Dülmen und Haltern, Rheine und Neuenkirchen bei Rheine, die ehemaligen Ämter Horstmar, Bocholt und Ahaus,

³² Daraus geht hervor, daß das erwähnte preußische Generaljudenreglement vom Jahre 1750 nicht mehr gültig war.

³³ Der Text seines Anstellungsvertrages (StA F. Münster, Hofkammer Nr. 27) ist bei Brillling S. 49–54 abgedruckt.

³⁴ S. o. Anm. 14.

³⁵ StA Kreis Warendorf I Landratsamt Nr. 236.

³⁶ S. o. Anm. 30.

Werth bei Bocholt, Anholt, Gemen, Burgsteinfurt, Lengerich, Ibbenbüren, Mettingen, Cappeln, Tecklenburg und Ladbergen, das ehemalige Vest Recklinghausen sowie die Grafschaft Mark³⁷.

Von den Juden in diesen Orten und Bezirken mußte das jährliche Gehalt des Landrabbiners Sutro, das im Anstellungsvertrag auf jährlich 350 Rtl. festgesetzt worden war, aufgebracht werden³⁸. Davon entfielen auf die Judenschaft im Bezirk Warendorf bzw. im Münsterland 221 Rtl. 5 Ggr. und auf die Judenschaft im Märkischen und den dazu gehörigen Bezirken 128 Rtl. 19 Ggr. Diese Beträge wurden auf die einzelnen jüdischen Einwohner dieser Bezirke umgelegt, wobei jede Familie 12 Ggr. zu zahlen hatte. Die Beträge mußten von den Vorstehern, die den Anstellungsvertrag unterschrieben hatten, bzw. von ihren Nachfolgern jeweils in ihrem Bezirk aufgebracht und dem Landrabbiner portofrei zugesandt werden. Bei säumigen Zahlern konnten die Vorsteher ebenso wie bei Steuerrückständen die Exekution bzw. die zwangsweise Einziehung der schuldigen Beträge verfügen.

Die in seinem Amtsbezirk wohnenden Juden, die gemäß den Anweisungen der Behörden gezwungen waren, das Gehalt für den Landrabbiner Sutro aufzubringen, waren auf die Tätigkeit des Rabbiners Sutro bei der Ordnung zweier für ihr religiöses Leben wichtiger Probleme angewiesen, nämlich bezüglich ihrer Trauungen (und Scheidungen) und bezüglich der Versorgung mit rituell geschlachtetem Fleisch.

Die Trauungen der Juden – die ebenso wie die Geburts- und Todesfälle nach dem Gesetz bei den Behörden registriert werden mußten³⁹ – galten erst dann als gültig und vollzogen, wenn bei der Trauung die hebräische Trauungsurkunde durch den Landrabbiner selbst oder durch einen von ihm Beauftragten übergeben wurde⁴⁰. Dabei konnte Sutro zwar jüdische Lehrer beauftragen, die Trauungsurkunde zu überreichen und das Ehepaar in seinem Namen zu trauen; er hatte aber nicht das Recht, Lehrer zu prüfen und anzustellen. Ebenso wie die Durchführung der Trauungen gehörte die Vornahme von Scheidungen, bei denen die Übergabe des hebräischen Scheidungsbriefes unbedingt notwendig war, zu den Amtsobliegenheiten des Landrabbiners.

³⁷ Nach dem Tode des Rabbiners Steinhardt im Jahre 1825 war Sutro im Jahre 1828 auch zum Rabbiner des Bezirks Paderborn gewählt worden; s. Brief des Landrabbiners Sutro vom 19. 1. 1851, StA Reg. Münster Nr. 17169; vergleiche auch *Herzig* S. 46/47 Anm. 29.

³⁸ Von der Judenschaft in Paderborn erhielt Sutro seit seiner Wahl zum dortigen Rabbiner 150 Rtl. jährlich, sein Gehalt betrug also seit 1828 500 Rtl.

³⁹ Über die Führung der Personenstandsregister der Juden in Preußen s. *v. Rönne und Simon*, S. 60 ff. In den Heiratsregistern wurde auch der Name des »Religionsdieners«, der das Paar traute, verzeichnet (dort S. 63).

⁴⁰ Verletzungen des Rechtes bezüglich der Trauungen konnte Sutro gerichtlich verfolgen lassen. So gab es Lehrer, die wahrscheinlich (auch infolge ihrer Ablehnung der Ansichten des orthodoxen Rabbiners Sutro) Trauungen vollzogen, ohne von dem Rabbiner Sutro autorisiert zu sein bzw. ohne dem Rabbiner Sutro die ihm zustehenden Gebühren zu entrichten; s. Beschwerde des Landrabbiners Sutro an den Landrat zu Dortmund vom 1. 3. 1867; StA Kreis Dortmund, Landratsamt B 702; s. dazu auch *Herzig* S. 48/49, Anm. Nr. 40.

Eine zweite für die westfälischen Juden der damaligen Zeit außerordentlich wichtige Angelegenheit, die gleichfalls im Anstellungsvertrag niedergelegt war, war die Beaufsichtigung des rituellen Schlachtens. Nur die Schlachter bzw. Fleischer, die vom Rabbiner Sutro nach einer Prüfung eine Approbation (die jährlich gegen Bezahlung erneuert werden mußte) erhalten hatten, hatten das Recht, für die Juden seines Rabbinatsbezirks Vieh gemäß den Bestimmungen des jüdischen Religionsgesetzes zu schlachten und dieses »koschere« Fleisch an die darauf angewiesenen Juden zu verkaufen⁴¹.

Ferner stand Sutro nach dem Vertrag das Recht zu, frommen und gelehrten Leuten den von ihnen sehr geschätzten Ehrentitel eines Gelehrten⁴² zu verleihen, der für die Betreffenden bei religiösen Handlungen (beim Gottesdienst) Ehrungen mit sich brachte.

Daneben ergaben sich für den Landrabbiner Sutro im Zusammenhang mit seiner rabbinischen Tätigkeit noch weitere Aufgaben innerhalb der ihm unterstehenden, d. h. zu seinem Rabbinatsbezirk gehörenden Gemeinden. Dazu gehörte unter anderem die Beantwortung von Anfragen, die sich auf das jüdische Religionsgesetz und den jüdischen Kultus bezogen, die Einweihung neuer Synagogen⁴³, die Bestätigung von Statuten jüdischer Gemeinden bzw. Gemeindevereine⁴⁴.

Zu diesem im Anstellungsvertrag erwähnten und auch sonst üblichen Aufgaben eines Rabbiners trat später als zusätzliche Pflicht die Vereidigung jüdischer Soldaten⁴⁵, nachdem König Friedrich Wilhelm III. am 30. 10. 1819 den Text des speziellen Soldateneides für die jüdischen Militärangehörigen genehmigt hatte⁴⁶.

Um die rabbinische Tätigkeit Sutros innerhalb seines Bezirkes hat sich aber die Regierung kaum gekümmert bzw. sie war daran kaum interessiert. In einem Schreiben der Regierung zu Münster vom 15. 4. 1835 heißt es⁴⁷: »Übrigens kommt er hinsichtlich seiner Funktionen als Rabbiner mit uns in keine Berührung, so daß wir über die Weise und den Geist seines Wirkens nichts näheres angeben können. Wo seine Dienste verlangt werden, leistet

⁴¹ 1858 führte Rabbiner Sutro einen Prozeß gegen Meyer Herzberg zu Schüren, weil dieser Vieh kosher geschlachtet hatte, ohne die Approbation vom Rabbiner Sutro erhalten zu haben (nach einem Aktenstück im Privatbesitz).

⁴² Über die Gelehrtentitel, die nur ein Rabbiner erteilen konnte (es gab zwei Grade – den Titel: Chower und den Titel: Morenu) s. E. Roth, Der Rabbiner als Titel und Funktion, in: Udim, Zeitschr. der Rabbinerkonferenz in der BRD, H. 1, Frankfurt/M. 1970 S. 72 ff.; s. ferner Enc. Judaica Berlin V, 1930, Sp. 128/29 s. v. Chaber.

⁴³ Soweit ich bisher feststellen konnte, wurden von Sutro die Synagogen in Iserlohn, Lengerich, Oelde (1829) und Soest eingeweiht.

⁴⁴ Das Statut der jüdischen Gemeinde Soest wurde 1828 von Sutro bestätigt; s. Mitteilungen des Gesamtarchivs der deutschen Juden III, 1911/2 S. 48.

⁴⁵ Die Mitwirkung Sutros bei der Vereidigung jüdischer Soldaten im Jahre 1838 wird in einem Brief des Königl. Oberpräsidiums an Rabbiner Sutro vom 24. 11. 1849 erwähnt; StA Reg. Mü, Nr. 17169.

⁴⁶ S. dazu Horst Fischer, Judentum, Staat und Heer in Preußen im frühen 19. Jahrhundert, Tübingen 1968 S. 109, sowie v. Rönne und Simon, S. 102.

⁴⁷ StA Reg. Mü, Nr. 17168.

er sie, und es sind darüber keine Beschwerden vorgekommen.« Die Regierung wurde aber durch die Angriffe der jüdischen Gegner des Landrabbiners auf seine Tätigkeit hingewiesen. Im Zusammenhang mit seiner Auffassung von der jüdischen Religion und mit seinem Eintreten für das orthodoxe Judentum, das er in den Gemeinden seines Bezirkes gegen alle Angriffe verteidigte, wurde Sutro von den wenigen jüdischen Aufklärern Westfalens, die in ihrem radikalen Reformeifer Sutro als Vertreter des jüdischen Religionsgesetzes, das ihnen bei der Emanzipation hinderlich zu sein schien, nicht anerkennen wollten, sehr angefeindet. Dies ging soweit, daß sein Hauptgegner, der Obervorsteher L. L. Hellwitz⁴⁸ in Soest die Behörden 1835 dazu veranlassen wollte, die von ihr beaufsichtigte Gehaltsaufbringung für Sutro abzuschaffen, um Sutro dadurch zur Aufgabe seiner Stellung zu veranlassen. Die Regierung ging aber nicht darauf ein, sondern hielt trotz ihrer Uninteressiertheit an der rabbinischen Tätigkeit Sutros an der 1815 eingeführten Wiedereinrichtung des Landrabbinats (mit dem kein Recht der Machtausübung in den Gemeinden des Rabbinatsbezirks verbunden war) fest. Wie das Ministerium für geistliche Angelegenheiten in Berlin am 26. 2. 1835 an Hellwitz schrieb, beruhte die Einziehung des dem Landrabbiner Sutro ausgesetzten Gehalts auf einer vom vormaligen Zivilgouverneur von Westfalen getroffenen Anordnung⁴⁹. Diese Anordnung wurde nicht aufgehoben und blieb in Gültigkeit bis zum Tode Sutros.

Später hat sich die Haltung der jüdischen Gemeinden in Westfalen gegenüber Sutro geändert. Der Vorstand der jüdischen Gemeinde in Münster, dessen Mitglieder auch zu den Hauptgegnern des Rabbiners Sutro gehört hatten, stellte im Jahre 1861 anlässlich des 50jährigen Jubiläums der rabbinischen Tätigkeit Sutros bei der Regierung den Antrag, Sutro zur Verleihung eines Ordens vorzuschlagen. Das Ministerium des Innern befürwortete gemeinsam mit dem Ministerium für geistliche Angelegenheiten (trotz der Ablehnung durch die münstersche Regierung) dieses Gesuch und schlug dem König am 6. 5. 1861 vor, Sutro wegen seiner 50jährigen Tätigkeit als Kultusbeamter den Roten Adlerorden in Sternform⁵⁰ und mit dem Abzeichen für Jubilare zu verleihen. Der König stimmte diesem Vorschlag am 15. 5. 1861 zu⁵¹.

⁴⁸ Über Levi Lazar Hellwitz (1786–1860) s. bei *Herzig* ausführlich S. 41 und 49 ff. Von Horst *Fischer* wurde er irrtümlicherweise für einen Rabbiner gehalten (s. dort S. 89 A. 98, S. 100 A. 149 u. S. 116), wahrscheinlich auf Grund der Tatsache, daß Rabb. Sutro ihm den Titel eines »Predigers« verliehen hat, der aber keine rabbinische Bedeutung besitzt, s. Mitt. d. Gesamtarchivs d. deutschen Juden III, 1911 S. 43. Anm.

⁴⁹ StaMü Reg. Mü Nr. 17168.

⁵⁰ Dies war wohl die für Juden vorgesehene Form des Ordens.

⁵¹ Laut Mitteilung des Zentralen Staatsarchivs in Merseburg vom 28. 1. 1974 befindet sich in der Akte »Roter Adlerorden« im Bestand: Geheimes Zivilkabinett im Staatlichen Archivfonds der DDR ein diesbezüglicher Vorgang aus dem Jahre 1861. Die betreffenden Urkunden werde ich an anderer Stelle veröffentlichen.

Diese Ordensverleihung bedeutete zwar eine Ehrung durch die Staatsbehörden und bewies, daß die Tätigkeit Sutros von der preußischen Regierung als wichtig und legitim anerkannt war⁵², zeigte zugleich aber auch, wie schwer es dem preußischen Staat fiel, einen Rabbiner d. h. einen jüdischen Geistlichen öffentlich anzuerkennen. Es ist charakteristisch, daß Sutro für seine 50jährige Tätigkeit als Rabbiner mit dem Roten Adlerorden IV. Klasse, d. h. der untersten Stufe dieses Ordens, belohnt wurde, wobei er nur als »Kultusbeamter« betitelt und wobei es peinlichst vermieden wurde, Sutro mit dem ihm zukommenden, seinerzeit von den Staatsbehörden anerkannten Titel als Oberrabbiner bzw. Landrabbiner zu benennen.

In der seinerzeit von Vincke als Zivilgouverneur erlassenen Anordnung war neben der rabbinischen Betreuung der Gemeinden eine zweite für die Behörde wichtigere Aufgabe erwähnt, die darin bestand, daß Sutro als Sachverständiger »vornehmlich auch zur Dienstleistung bei den mit den Staatsbehörden vorkommenden Verhandlungen über Angelegenheiten des jüdischen Religions- und Kultuswesens«, d. h. bei der Vorbereitung der Gesetze für eine Neuordnung des Judenwesens in Preußen bzw. in Westfalen seine Dienste zur Verfügung stellen mußte. Die Darstellung dieser Aufgabe muß einem besonderen Kapitel vorbehalten bleiben.

⁵² Die Auffassung von Herzig (S. 46, Anm. 29), daß die Ernennung Sutros zum Landrabbiner durch die Regierung nicht legitim war, ist unbegründet. Sutro war aufgrund seines Anstellungsvertrages vom 16. 5. 1815 von der Regierung als Landrabbiner anerkannt worden; s. o. S. 55.